

Wie könnte das Endspiel um Grönland aussehen?

Wie könnte der Anfang vom Endspiel wohl aussehen – Trump wird Grönland „erobern“.



26. Januar 2026 | Alastair Crooke

Als Präsident Trump gefragt wurde, ob die USA Gewalt anwenden würden, um Grönland zu erobern, antwortete er mit „Kein Kommentar“. Zuvor hatte er versprochen, die größte Insel der Welt „auf die nette Art [durch Kauf] oder auf die schwierigere Art [mit Gewalt]“ zu übernehmen.

Obwohl diese Idee die Welt scheinbar „aus heiterem Himmel“ überrascht hat, berichtet John Bolton, Trumps ehemaliger nationaler Sicherheitsberater, dass es Ron Lauder war, ein 81-jähriger jüdischer Milliardär aus New York und Erbe des Estée-Lauder-Vermögens, der 2018, während Trumps erster Amtszeit, erstmals die Idee eines US-amerikanischen Besitzes von Grönland in den Köpfen des Präsidenten gesät hat. Trump versuchte 2019 während seiner ersten Amtszeit erfolglos, Grönland zu kaufen. Auch Präsident Harry Truman bot 1946 an, es für 100 Millionen Dollar in Gold zu kaufen – das wurde jedoch abgelehnt.

Historisch gesehen, so der Telegraph, „waren die USA zwar gegen die Eroberung von Land, aber nicht gegen den Erwerb von Territorium mit Bargeld. Im Rahmen des Louisiana-Kaufs von 1803 erwarben sie riesige Landflächen von Frankreich für umgerechnet etwa 430 Millionen Dollar (heutiger Wert). Beim Kauf von Alaska im Jahr 1867 zahlten die USA Russland umgerechnet 160 Millionen Dollar für das Gebiet, das später zum 49. Bundesstaat wurde. 1917 kauften sie die Amerikani-

schen Jungferninseln von Dänemark für Goldmünzen im Wert von umgerechnet mehr als 600 Millionen Dollar.“

Wolfgang Münchau, ein erfahrener europäischer Kommentator, sagt: „Bestürzte europäische Beamte bezeichnen Trumps Eile, das souveräne dänische Territorium zu annexieren, als „verrückt“ und „wahnsinnig“ und fragen sich, ob er nach seinem Venezuela-Abenteuer in seinem „Kriegermodus“ gefangen ist – und sagen, dass er Europas härteste Vergeltungsmaßnahmen für das verdient, was viele als einen klaren und unprovokierten Angriff auf Verbündete auf der anderen Seite des Atlantiks ansehen“.

Ein Brüsseler Beamter hat angedeutet, dass Amerika nicht mehr als zuverlässiger Handelspartner angesehen werden kann – und dass sich die USA unter Trump so stark verändert haben, dass diese Metamorphose als dauerhaft angesehen werden sollte.

Umfragen zufolge ist die Unterstützung Europas für Amerika geschwunden: Eine neue, in Deutschland veröffentlichte Umfrage zeigt, dass derzeit weniger als 17 Prozent der Europäer Amerika vertrauen.

Michael McNair argumentiert jedoch, dass nicht Lauder den Anstoß für die Eroberung Grönlands gegeben habe, sondern vielmehr der stellvertretende Verteidigungsminister für Politik, Elbridge Colby, der seine Vision für dieses Manöver in seinem 2021 erschienenen Buch „The Strategy of Denial: American Defence in an Age of Great Power Conflict“ dargelegt habe.

Colbys Kernaussage lautet, dass die Strategie der USA im 21. Jahrhundert darauf abzielen sollte, China daran zu hindern, die Vorherrschaft über Asien zu erlangen. Der Rest von Colbys Konzept folgt aus dieser einfachen These. Die Sicherung der westlichen Hemisphäre passt laut McNair in dieses Konzept: Die Sicherung der Heimatbasis ist kein Rückzug aus Asien, sondern eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Machtposition im indopazifischen Raum. „Man kann keinen Krieg im westlichen Pazifik führen, wenn feindliche Akteure die südlichen Zugänge kontrollieren.“

„Die Konzentration auf die westliche Hemisphäre bedeutet auch nicht, dass sich Amerika in seine Ecke zurückzieht. Es geht darum, die Operationsbasis zu sichern. Man kann keine Macht im Indopazifik ausüben, wenn feindliche Akteure die Schifffahrtswege im Golf, den Zugang zum Kanal oder kritische Lieferketten in der eigenen Hemisphäre kontrollieren. Die Bekräftigung der Monroe-Doktrin ermöglicht die Asienstrategie. Sie ersetzt sie nicht.“

Das macht eindeutig wenig Sinn. China (oder Russland) bedrohen Grönland nicht – und die USA unterhalten bereits eine große Frühwarnradarstation für Raketenabwehr in der Pituffik Space Base in Grönland, wo das 12th Space Warning Squadron der US-Weltraumstreitkräfte stationiert ist. Welchen weiteren Vorteil würden die USA durch den vollständigen „Besitz“ Grönlands gewinnen, wenn sie dort bereits ihre massiven Raketenfrühwarnradare stationieren dürfen?

Es ist klar, dass es wirklich keine unmittelbare und dringende Verteidigungsnotwendigkeit gibt, die eine Annexion Grönlands durch die USA erforderlich macht. Angesichts der bevorstehenden Zwischenwahlen und Trumps Sorge, dass er im Falle eines Verlusts der Mehrheit im Repräsentantenhaus „fertig, fertig, fertig“ sein könnte (seine eigenen Worte), könnte es jedoch eine alternative politische Zweckmäßigkeit geben.

Trump glaubt, dass sein Stunt, Präsident Maduro zu verhaften, im eigenen Land gut angekommen ist. Berichten zufolge hat er seiner Basis mitgeteilt, dass er sich vor den Zwischenwahlen „herausragende“ politische Erfolge wünscht.

„Sollte Trump den Kauf Grönlands vollziehen, würde er sich mit ziemlicher Sicherheit einen Platz in der amerikanischen und globalen Geschichte sichern ... Grönland umfasst etwa 2,17 Millionen Quadratkilometer – damit ist es vergleichbar mit der gesamten Louisiana-Kauffläche von 1803 und größer als die Alaska-Kauffläche von 1867. Würde man diese Landmasse in die heutigen USA einbeziehen, würde die Gesamtfläche Amerikas die Kanadas übertreffen und die USA würden nach Russland an zweiter Stelle der größten Länder stehen. In einem System, in dem Größe, Ressourcen und strategische Tiefe nach wie vor eine Rolle spielen, würde eine solche Verschiebung weltweit als Bekräftigung der anhaltenden amerikanischen Macht wahrgenommen werden“, schreibt ein Kommentator.

Das würde wahrscheinlich gut ankommen.

Münchau merkt jedoch an:

„Die Europäer sind gerade aufgewacht, und diesmal sind sie wirklich verärgert und fordern lautstark Presseerklärungen, um Trump zu verurteilen. Ich höre Kommentatoren, die die EU dazu auffordern, das vor zwei Jahren in Kraft getretene Anti-Coercion-Instrument einzusetzen, um dem wirtschaftlichen Druck von Gegnern entgegenzuwirken. Sie bestehen darauf, dass die EU stärker ist, als sie glaubt. Sie ist doch der größte Binnenmarkt und die größte Zollunion der Welt, oder? Und sie betrachtet sich selbst als eine regulatorische Supermacht.“

Am Wochenende kündigte Trump zusätzliche Zölle in Höhe von 10 Prozent ab dem 1. Februar an, die ab dem 1. Juni auf 25 Prozent steigen sollen, für acht europäische Länder, die sich den Bemühungen der USA zum Erwerb Grönlands widersetzen. Die EU bereitet Vergeltungszölle in Höhe von 93 Milliarden Euro vor, um Europa mit Vergeltungsmaßnahmen zu unterstützen. Präsident Macron drängt die EU nachdrücklich, das EU-Instrument gegen Zwangsmaßnahmen zu aktivieren.

Europäische Beamte diskutieren ebenfalls „stillschweigend sensible Möglichkeiten“, darunter die Schließung der US-Stützpunkte in Europa, die es den USA ermöglichen, ihre Streitkräfte in wichtige Konfliktgebiete zu entsenden – insbesondere in den Nahen Osten.

„Man kann eine klare Grenze ziehen zwischen den acht Ländern, die Donald Trump mit seinen Strafzöllen in Höhe von 10 Prozent ins Visier genommen hat: Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Der liberale Nordwesten Europas versucht, Trumps Griff nach Grönland zu vereiteln. Aber es gibt noch 21 andere Mitgliedstaaten, die nicht sanktioniert wurden“, beobachtet Münchau.

„Wird Meloni wegen eines Stückchens Land, das weit entfernt und für Italiens Sicherheit und Wirtschaft irrelevant ist, mit dem Präsidenten brechen? Wird Spanien das tun? Oder Griechenland? Oder Malta und Zypern? Was ist mit Osteuropa? Werden Viktor Orbán, Andrej Babiš und Robert Fico ... ihren liberalen Freunden in Dänemark zu Hilfe eilen?“

Die sich abzeichnende Konfrontation wird beim Weltwirtschaftsforum in Davos, das diese Woche stattfindet, ihren Höhepunkt erreichen, wo Trump und eine große Delegation heute (Mittwoch) eintreffen sollen.

Es wird mindestens ein Treffen zwischen EU-Vertretern und NATO-Vertretern mit Trump in Davos erwartet. Es könnte turbulent werden.

„Stormy“, da ist eine Quelle, die den Beratungen im Weißen Haus nahesteht, berichtet, dass Trump nicht in versöhnlicher Stimmung nach Davos reist. Vielmehr beabsichtigt Trump, den dort versammelten selbsternannten Wichtiguern eine kalte Dusche zu verpassen. Viele im Publikum werden entsetzt sein, wenn die Globalisten, die die Mehrheit der WEF-Versammlung ausmachen, allmählich begreifen, was Trump vorhat.

Im Wesentlichen baut Trump eine völlig neue Struktur für globale Partnerschaften auf, die wahrscheinlich dazu führen wird, dass die Vereinten Nationen ihre Funktion verlieren. Er wählt die Staats- und Regierungschefs der Welt durch die Einladung zu einem „Global Board of Peace“ aus – Gaza ist dabei nur der erste Veranstaltungsort.

Einer der wichtigsten Aspekte, so bemerkt ein genauer Beobachter des Weißen Hauses, ist, dass in dieser neuen Weltversammlung jeder für seine Kosten selbst aufkommen muss. „Diesmal gibt es keine Trittbrettfahrer. Wenn Sie an der großen Tafel sitzen, dem großen Club der Souveränität beitreten und sich mit einem Team aus gegenseitig respektierenden Akteuren zusammenschließen wollen, dann zahlen Sie die Teilnahmegebühr.“

Einige, aber nicht alle in Europa zeigen ihre Wut und sprechen von „Widerstand“, aber „die Wahrheit ist, dass die Europäer sich nie wirklich für Grönland interessiert haben. Es war das erste Land, das die EU verlassen hat – 1985, lange vor dem Brexit. Es ist eine Fischernation; Fisch macht über 90 Prozent seiner Exporte aus. Und es ist ausgetreten, weil die EU-Fischereipolitik ihm das Recht genommen hätte, seine eigenen Bestände zu verwalten. Grönland hätte zur EU gehören können, wenn diese es wirklich hätte behalten wollen“, schreibt Münchau.

Hat Europa den Willen oder die Mittel, sich Trump zu widersetzen? Nein, hat es nicht. Es sind die USA, nicht Europa, die über die „Handelsbazooka“ verfügen: Europa hat sich bewusst dafür entschieden (als Teil des Ukraine-Projekts), seine Energieversorgung zu 60 Prozent von amerikanischem Flüssigerdgas abhängig zu machen. Die EU unter der NATO bleibt ein US-Garnisonsstaat mit großen US-Stützpunkten in den Niederlanden, Deutschland, Spanien, Italien, Polen, Belgien, Portugal, Griechenland und Norwegen. Ohne den Sicherheitsschirm der USA bricht die nukleare Abschreckung der EU zusammen. Ohne die USA ist es mit den Five Eyes vorbei. Kanadas Verschiebung nach Osten könnte bereits den Zerfall der NATO eingeleitet haben. Das Ende der Five Eyes könnte weitaus schwerwiegender Folgen haben als das Ende der NATO.

Berichten zufolge schmieden europäische Hauptstädte einen Plan, um Trump dazu zu zwingen, seine Forderungen nach der Übernahme der Kontrolle über Grönland von Dänemark zurückzu ziehen. Genauer gesagt, sie schmieden mehrere verschiedene Pläne und werfen alles, was sie haben, auf jeden, von dem sie glauben, dass er ihnen zuhören könnte – was den starken Verdacht nährt, dass sie nicht mit einer Stimme sprechen und sich der Schwäche Europas bewusst sind.

Einige europäische Politiker geben zu, dass das große Risiko darin besteht, dass solche unverblümten Herausforderungen an die USA schnell zu einem vollständigen Bruch der transatlantischen Beziehungen eskalieren und möglicherweise zum Ende der NATO führen könnten. Andere argumentieren, dass das Bündnis unter Trump zunehmend toxisch sei und Europa sich davon lösen müsse.

Hinter den Kulissen steht jedoch – wie derzeit in Westeuropa üblich – das „Projekt Ukraine“. Die europäischen Mitglieder der „Koalition der Willigen“ sind nach wie vor darauf fixiert, Trump dazu zu zwingen, zuzustimmen, dass die US-Streitkräfte die europäischen Sicherheitsgarantien absichern (für den unwahrscheinlichen Fall, dass ein Waffenstillstand in der Ukraine in Kraft tritt).

Wie wird das „Grönland“-Endspiel aussehen? Trump wird Grönland „erobern“. Langfristig könnte dies zur Zersplitterung Europas und dazu führen, dass einige europäische Staaten eine eigene Verteidigungspolitik verfolgen. Die europäischen Eliten werden jedoch mehr daran interessiert sein, die NATO und den Anschein von „Verbündeten“ der USA zu bewahren, als „Grönland zu retten“.